

1983

Ausgegeben zu Bonn am 20. Juli 1983

Nr. 32

Tag	Inhalt	Seite
15. 7. 83	Fünfzehnte Verordnung über die Bemessung der Aufwendungen für die Leistungen gemäß §§ 1236 bis 1244 a, 1305 und 1306 der Reichsversicherungsordnung und für die Verwaltungs- und Verfahrenskosten in der Rentenversicherung der Arbeiter (15. Bemessungsverordnung) .. neu: 8232-37-15; 8232-37-14	933
2. 7. 83	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 621 Abs. 1 Nr. 6 der Zivilprozeßordnung) 1104-5, 310-4	935
14. 7. 83	Erlaß über die Stiftung der Eichendorff-Plakette .. neu: 1134-13	935
11. 7. 83	Bekanntmachung zu § 4 des Warenzeichengesetzes .. neu: 423-1-5-45	936
29. 6. 83	Berichtigung der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung über verschreibungspflichtige Arzneimittel .. 2121-50-1-16	937
11. 7. 83	Berichtigung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz .. 7134-2-1/1	937

---

**Hinweis auf andere Verkündungsblätter**

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 17 ..	938
Verkündungen im Bundesanzeiger ..	938
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften ..	939

Dieser Ausgabe ist für alle Abonnenten die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1983 beigelegt.

**Fünfzehnte Verordnung  
über die Bemessung der Aufwendungen für die Leistungen  
gemäß §§ 1236 bis 1244 a, 1305 und 1306 der Reichsversicherungsordnung  
und für die Verwaltungs- und Verfahrenskosten in der Rentenversicherung der Arbeiter  
(15. Bemessungsverordnung)**

Vom 15. Juli 1983

Auf Grund des § 1390 a Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 820-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch Artikel 1 § 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956) eingefügt worden ist, wird nach Anhören des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Der gemäß § 1390 a Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung für Maßnahmen nach den §§ 1236 bis 1244 a, 1305 und 1306 der Reichsversicherungsordnung und für Verwaltungs- und Verfahrenskosten den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zur Verfügung stehende Betrag wird

für 1983 endgültig auf	4 310 000 000 DM
und	
für 1984 vorläufig auf	4 469 000 000 DM

festgesetzt.

§ 2

Die Anteile der einzelnen Träger der Rentenversicherung der Arbeiter gemäß § 1390 a Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung an dem Gesamtbetrag (§ 1) werden für 1983 (in Vomhunderten) endgültig festgesetzt für die

Landesversicherungsanstalt

Hannover	auf 7,964
Westfalen	auf 11,579
Hessen	auf 8,017
Rheinprovinz	auf 14,993
Oberbayern	auf 5,174
Niederbayern-Oberpfalz	auf 3,430
Rheinland-Pfalz	auf 5,708
für das Saarland	auf 1,579
Oberfranken und Mittelfranken	auf 4,676

Freie und Hansestadt Hamburg	auf 3,127	Württemberg	auf 8,797
Unterfranken	auf 1,932	Baden	auf 7,047
Schwaben	auf 2,647	Berlin	auf 3,605
Württemberg	auf 8,797	Schleswig-Holstein	auf 3,852
Baden	auf 7,047	Oldenburg-Bremen	auf 2,363
Berlin	auf 3,605	Braunschweig	auf 1,310
Schleswig-Holstein	auf 3,852	Bundesbahn-Versicherungsanstalt	auf 1,848
Oldenburg-Bremen	auf 2,363	Seekasse	auf 0,352.
Braunschweig	auf 1,310		
Bundesbahn-Versicherungsanstalt	auf 1,848		
Seekasse	auf 0,352		
und			
für 1984 (in Vomhundertteilen) vorläufig festgesetzt für die			
Landesversicherungsanstalt			
Hannover	auf 7,964		
Westfalen	auf 11,579		
Hessen	auf 8,017		
Rheinprovinz	auf 14,993		
Oberbayern	auf 5,174		
Niederbayern-Oberpfalz	auf 3,430		
Rheinland-Pfalz	auf 5,708		
für das Saarland	auf 1,579		
Oberfranken und Mittelfranken	auf 4,676		
Freie und Hansestadt Hamburg	auf 3,027		
Unterfranken	auf 1,932		
Schwaben	auf 2,747		

## § 3

Stellt sich nach den Rechnungsergebnissen der ersten neun Kalendermonate des laufenden Kalenderjahres heraus, daß der Anteil einzelner Versicherungsträger (§ 2) nicht ausreicht, die Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen, kann der Anteil überschritten werden, wenn durch Vereinbarung sichergestellt ist, daß durch entsprechende Verringerung der Aufwendungen anderer Versicherungsträger der Gesamtbetrag (§ 1) nicht überschritten wird. Die Vereinbarung bedarf des Einverständnisses mit den Aufsichtsbehörden der beteiligten Versicherungsträger.

## § 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 5 § 2 des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes auch im Land Berlin.

## § 5

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1983 in Kraft. Gleichzeitig treten die auf 1983 bezogenen Vorschriften der 14. Bemessungsverordnung vom 25. November 1982 (BGBl. I S. 1580) außer Kraft.

Bonn, den 15. Juli 1983

Der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung  
In Vertretung  
Manfred Baden

### **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts**

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Mai 1983 – 1 BvL 34/79 –, ergangen auf Vorlagebeschluß des Amtsgerichts Frankfurt/Main, wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 621 Absatz 1 Nummer 6 der Zivilprozeßordnung in der Fassung des Artikels 6 des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. EheRG) vom 14. Juni 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 1421) ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 2. Juli 1983

Der Bundesminister der Justiz  
Engelhard

---

### **Erlaß über die Stiftung der Eichendorff-Plakette**

**Vom 14. Juli 1983**

Als Auszeichnung für Gebirgs- und Wandervereine, die sich in langjährigem Wirken besondere Verdienste um die Pflege und Förderung des Wanderns, des Heimatgedankens und des Umweltbewußtseins erworben haben, stifte ich die

Eichendorff-Plakette.

Die Einzelheiten der Verleihung werden durch besondere Richtlinien festgelegt.

Bonn, den 14. Juli 1983

Der Bundespräsident  
Carstens

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Zimmermann

**Bekanntmachung  
zu § 4 des Warenzeichengesetzes**

**Vom 11. Juli 1983**

Auf Grund des § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Warenzeichengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1968 (BGBl. I S. 1, 29) wird in der Anlage ein amtliches Prüf- und Gewährzeichen bekanntgemacht, das im Königreich Spanien für gewerbliche Waren eingeführt ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juni 1983 (BGBl. I S. 833).

Bonn, den 11. Juli 1983

Der Bundesminister der Justiz  
In Vertretung  
Dr. Kinkel

**Anlage**

**Prüf- und Gewährzeichen des Königreichs Spanien  
für gewerbliche Waren**



**Berichtigung**  
**der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung über verschreibungspflichtige Arzneimittel**  
**Vom 29. Juni 1983**

In der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung über verschreibungspflichtige Arzneimittel vom 21. Juni 1983 (BGBl. I S. 718) muß in Artikel 1 Nr. 2 die zweite Position richtig lauten:

„**Alfaxalon**, 3 $\alpha$ -Hydroxy-5 $\alpha$ -pregnan-11,20-dion“.

Bonn, den 29. Juni 1983

Der Bundesminister  
für Jugend, Familie und Gesundheit  
Im Auftrag  
Dr. Kornfeld

---

**Berichtigung**  
**der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz**  
**Vom 11. Juli 1983**

Die Zweite Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz vom 20. Juni 1983 (BGBl. I S. 741) wird wie folgt berichtigt:

1. In Artikel 1 Nr. 13 muß die Änderungsanweisung statt „Anlage I“ richtig lauten: „Anlage 1“.
2. Artikel 5 Satz 2 muß richtig lauten:  
„Artikel 1 Nr. 13 Buchstabe a und Nummer 15 tritt am 1. Januar 1984 in Kraft.“

Bonn, den 11. Juli 1983

Der Bundesminister des Innern  
Im Auftrag  
Dr. Apel

**Bundesgesetzblatt****Teil II****Nr. 17, ausgegeben am 15. Juli 1983**

Tag	Inhalt	Seite
21. 6. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Tonga über Finanzielle Zusammenarbeit .....	457
22. 6. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Kongo über Finanzielle Zusammenarbeit .....	459
23. 6. 83	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme .....	461
23. 6. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche .....	462
24. 6. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) .....	462
27. 6. 83	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit .....	463

*Dieser Ausgabe ist für alle Abonnenten die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1983 beigelegt.*

**Preis dieser Ausgabe:** 2,35 DM (1,65 DM zuzüglich –,70 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,15 DM.  
 Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.  
 Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 - 509 oder gegen Vorausrechnung.

**Verkündungen im Bundesanzeiger**

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (BGBl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger Nr.	Verkündet im Bundesanzeiger vom	Tag des Inkrafttretens
9. 7. 83 Erste Verordnung der Bundesanstalt für Flugsicherung zur Änderung der Neunzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung des Luftraums und der Flugverfahren für die Durchführung kontrollierter Sichtflüge im Nahverkehrsgebiet über deutschem Hoheitsgebiet) 96-1-2-90	123	7. 7. 83	8. 7. 83
6. 7. 83 Fünfte Verordnung der Bundesanstalt für Flugsicherung zur Änderung der Sechsendreißigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung der Funkfrequenzen der nicht von der Bundesanstalt für Flugsicherung betriebenen Bodenfunkstellen) 96-1-2-36	127	13. 7. 83	1. 9. 83
4. 7. 83 Verordnung Nr. 8/83 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt 9500-4-6-4	129	15. 7. 83	1. 8. 83

**Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,**

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften – Ausgabe in deutscher Sprache – vom                      Nr./Seite	
<b>Vorschriften für die Agrarwirtschaft</b>			
6. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1452/83 der Kommission zur Bestimmung der Verwaltungskosten der Erzeugerorganisationen der Fischwirtschaft	7. 6. 83	L 149/5
7. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1461/83 der Kommission zur Änderung des Anhangs der Verordnung (EWG) Nr. 532/75 über die Wiedereinziehung der Beihilfen für Magermilchpulver für Futterzwecke und zu Mischfutter verarbeitete Magermilch bei der Ausfuhr	8. 6. 83	L 150/17
7. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1462/83 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1322/83 des Rates hinsichtlich des Transfers von zur Brotherstellung geeignetem Weichweizen nach dem Vereinigten Königreich und Irland	8. 6. 83	L 150/20
7. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1463/83 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1322/83 des Rates hinsichtlich des Transfers von zur Brotherstellung geeignetem Weichweizen nach Italien	8. 6. 83	L 150/22
8. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1483/83 der Kommission zur elften Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 610/77 zur Bestimmung der auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft festgestellten Preise für ausgewachsene Rinder und zur Ermittlung der Preise einiger anderer Rinder in der Gemeinschaft	9. 6. 83	L 151/31
8. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1485/83 der Kommission über die Ermächtigung zur Lagerung in einem anderen Mitgliedstaat der gemäß Verordnung (EWG) Nr. 685/69 gekauften Butter	9. 6. 83	L 151/35
9. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1499/83 der Kommission über die Einstellung des Schollenfangs durch Schiffe unter niederländischer Flagge	10. 6. 83	L 152/17
9. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1501/83 der Kommission über den Absatz bestimmter Fischereierzeugnisse, die Gegenstand von Maßnahmen zur Marktregulierung sind	10. 6. 83	L 152/22
10. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1522/83 der Kommission über Durchführungsbestimmungen zu der Lagerbeihilfe für Qualitätsweine bestimmter Anbauggebiete gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1356/83	11. 6. 83	L 153/30
14. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1541/83 der Kommission zur dritten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2456/82 zur Regelung der in Artikel 40 der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 genannten Destillation für das Weinwirtschaftsjahr 1982/83	15. 6. 83	L 157/5
14. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1550/83 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie	16. 6. 83	L 158/9
15. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1556/83 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1204/72 über Durchführungsbestimmungen zur Beihilferegelung für Olsaaten	16. 6. 83	L 158/23
15. 6. 83	Verordnung (EWG) Nr. 1558/83 der Kommission zur Festsetzung der Bestandteile zum Schutz der Verarbeitungsindustrie auf dem Getreide- und Reissektor beim Handel zwischen Griechenland und den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft für das Wirtschaftsjahr 1983/84	16. 6. 83	L 158/26

**Herausgeber:** Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abbonementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 2,35 DM (1,65 DM zuzüglich 0,70 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,15 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

## Fundstellennachweis A

**Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR**

Abgeschlossen am 31. Dezember 1982 – Format DIN A4 – Umfang 392 Seiten

Die Neuauflage 1982 weist folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
- b) (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten, soweit sie noch gültig sind.

**Nachtrag zum Fundstellennachweis A**

Abgeschlossen am 30. Juni 1983 – Format DIN A4 – Umfang 16 Seiten

## Fundstellennachweis B

**Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR**

Abgeschlossen am 31. Dezember 1982 – Format DIN A4 – Umfang 460 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Einzelstücke können zum Preis von 26,50 DM zuzüglich 2,30 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.